

DIE LINKE. / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB

DIE LINKE. KÖLN

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die Linke.Köln-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

AN/1123/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	30.06.2009

Einrichtung einer weiteren Gesamtschule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Das Verwaltungsgericht Bonn hat kürzlich festgestellt, dass für die Einrichtung einer Gesamtschule nicht zwingend ein Drittel der angemeldeten Kinder eine Grundschulempfehlung für das Gymnasium besitzen müssen. Damit ist eine Hürde gefallen, mit der die Landesregierung bisher immer versucht hat, die Gründung einer Gesamtschule zu verhindern.

Die Anmeldungen an weiterführenden Schulen in Köln stellen in Frage, ob die Kölner Schullandschaft den Elternwillen noch in einem ausreichenden Maß berücksichtigen kann. Bei der Anmeldung zum Schuljahresbeginn 2009/10 wurden erneut ca. 800 Kinder an Kölner Gesamtschulen abgelehnt. Demgegenüber hatten im ersten Durchlauf neun Hauptschulen zu wenige Anmeldungen, wie der Kölner Stadt-Anzeiger am 20. April berichtete.

Die Tatsache, dass auch in den vergangenen Jahren stets mehrere hundert Kinder an Gesamtschulen abgelehnt wurden, macht deutlich, dass auch in Zukunft ein hoher Bedarf vorhanden sein wird.

Deshalb möge der Rat der Stadt Köln folgende Punkte beschließen:

Um den Eltern- und Schülerwillen bezüglich der von ihnen gewünschten Form der weiterführenden Schule 2010/11 einzuhalten, wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, welche Schritte notwendig sind, um eine weitere Gesamtschule in Köln einzurichten. Hierfür soll die Verwaltung u. a. folgende Schritte einleiten:

1. Eine allgemeine Befragung aller Eltern von SchülerInnen vom 1. bis 4. Schuljahr wird durchgeführt. Sie soll abfragen, welche weiterführende Schulform (Förderschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule) sie als Schule für ihre Kinder vorziehen würden.
2. Über die Ergebnisse dieser Befragung und das diesbezügliche Fortschreiben der Schulentwicklungsplanung wird im September/Oktober diesen Jahres ein öffentliches Symposium veranstaltet. An diesem Symposium sollen u. a. beteiligt werden: Schulpflegschaften, Elterninitiativen, Schülervertretungen, die Bezirksschülervertretung, Gewerkschaften und Lehrerverbände, sowie weitere Initiativen, die sich mit Schulformen beschäftigen, wie z. B. Mittendrin e. V.
3. Über die Ergebnisse des Symposiums und die weitere Gestaltung des Schulentwicklungsplans soll der Rat bzw. die Fachausschüsse in öffentlicher Sitzung unterrichtet werden.
4. Des Weiteren sollen die entsprechenden Fachausschüsse und der Rat über die erforderlichen konkreten Maßnahmen zur Einrichtung einer weiteren Gesamtschule informiert werden.

Begründung:
Erfolgt mündlich

Gez.
Jörg Detjen
Fraktionsvorsitzender